

AfD veranstaltet Corona-Symposium im Deutschen Bundestag



Die AfD-Bundestagsfraktion, hier vertreten durch insgesamt zehn Arbeitskreise, lädt am Samstag, den 4. Juli 2020 zu einem interdisziplinären „Corona-Symposium“ mit zahlreichen Experten in den Deutschen Bundestag ein.

Die Corona-Krise zieht immer größere Kreise. Nahezu jeder Bereich der Gesellschaft ist von den Einschränkungen betroffen. Zu den unübersehbaren ökonomischen Folgen des Shutdowns ergeben sich auch erhebliche gesundheitliche Belastungen und zahlreiche rechtliche Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Diese Spannungen sind derzeit bundesweit immer öfter Auslöser, dem aufgestauten Unmut in zahlreichen Demonstrationen gegen die Einschränkung der Grundrechte Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Geltende Praxis ist dabei die einseitige Abqualifikation von Menschen, die eine andere Auffassung als die von der Bundesregierung vorgegebene vertreten. Diese werden im politisch-medialen Komplex häufig als „Radikale“ oder – neudeutsch – als „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert. So jedoch kann eine Gesellschaft auf Dauer nicht funktionieren.

Um die eingeleiteten Maßnahmen der Regierung und den damit erzielten Zustand kritisch zu reflektieren und aufzuarbeiten,

bzw. Lösungen aufzuzeigen, lädt die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland zu einer interdisziplinären Tagung in den Deutschen Bundestag. Geladen sind neben bekannten Vertretern der Charité und dem RKI auch jene Wissenschaftler, deren Expertise die Bundesregierung ablehnt.

Um eine möglichst ganzheitliche Betrachtung zu erhalten, sind neben Medizinern auch Ökonomen, Staatsrechtler, Unternehmer, Medienvertreter und Personen des öffentlichen Lebens geladen, um sich an der Debatte zu beteiligen.

„Wir wollen einen möglichst breiten Diskurs, in dem Fachwissen ausgetauscht und ein gegenseitiges Verständnis der einzelnen Fachgebiete gegenübergestellt wird, um geeignete Maßnahmen daraus abzuleiten“, gibt Udo Hemmelgarn, einer der Initiatoren und Obmann des Arbeitskreises Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der AfD-Bundestagsfraktion bekannt.

„Eigentlich wäre die Organisation dieses interdisziplinären Zusammenkommens die Aufgabe der Bundesregierung gewesen. Da diese jedoch fast ausschließlich auf das RKI und Prof. Drosten hört, haben wir als größte Oppositionspartei nun diese Aufgabe übernommen“, ergänzt Johannes Huber, Mitgastgeber und Obmann der AfD-Fraktion im Petitionsausschuss.

» Vorläufige Tagesordnung

» Anmeldungen unter udo.hemmelgarn@bundestag.de oder Telefon: 030-227-78340